

„Streitet
immer schädli
Das ist die I
verwirklicht
Parole, die a
Ozean zu uns
festige Hilfe!
dem die größ
stenz und des
und moralis

der Bewaffnung
Es ist betrüblich,
Konvention nur
tungen dastell
rüstung, aber sie
Abrüstungskonfe
den bloßen Um
Hinweis auf die
ge hineingebracht
ich, wirklich all
gemeinen Anstoß
angewandt so sehr
Deutschlands und
Stelle dessen hat
und die Hoff-
Seite geschoben
tischen Streitig-
revision der Ver-

vor, die wahr-
überlassen. Die
genommen und
sehr wohl die
den Weg eines
er ich bin trotz-
den einfachen
Hier sind sie:
ne, die jetzt die
einem kommen-
lassen, weil ein-
mit den Waffen

dem Tag eines
Millionen Mark
n, zu derselben
igkeit Millionen
Zeit, wo alle
r, erzieherischer
chten, daß inter-
tedlichem Wege
daß sie im In-
zusammenarbeit
rgedeutet?"
Schluß folgt.

vertrag.
nun endlich die
olischen Kirchen
euzischen Regie-
angelischen Kir-
Es ist so weit,
tis angesehenen
n der evangeli-

gentwurfes so,
den kann. Der
dessen Einzel-
nnoch schon jeht
er sogenannten
diesem Kirchen-
und Betrecht,
erhältnissen von

Seeadler oder
le. Die münd-
er an, der meist
chtet.

in ungeheuren
zusammen. Ein
man bei ihnen
ist nicht fischen
end seine Brä-
40 Meilen lan-
Benossen Fische

ähnt. Sie sind
ts sind sie von
berühmt, daß
herbeikommen,
en zu können.

ötet, so fliegen
zum Zeichen
fallen.

Zweifel erken-
kampf, sondern
aturgesetz fest-
schache nicht so
her schwieriger

ter und Vögel
getiere einiges
It uns sofort
Verständend
ct. Die Eigen-
mal dafür, daß
beachten.

der Entde-
daß die Ein-
ergiehen einer
von Notwid-
verbänden be-
jagd war, die
le, die zeigen,
ben.

Pferde in grö-
ngegriffen, so

unabsehbarer Tragweite sein kann. Staatsrechtler, die von der theoretischen Seite an den Kirchenvertrag heran-
gingen, äußerten die Ansicht, daß ein staatliches Ein-
spruchsrecht auch in dem evangelischen Kirchenvertrag
„nicht wohl abzulehnen“ sei. Das mag gegenüber älteren
Staatsformen, die früher im Reich gegeben waren, ange-
bracht gewesen sein. Heute aber, da der Staat und seine
Regierung durch eine parlamentarisch-demokratische Ver-
fassung in die Hände von Parteien gelegt ist, liegen die
Dinge anders. Denn es können nicht nur religiös neu-
trale, sondern auch ausgesprochen religionsfeindliche Par-
teien zu Trägerinnen des Staates und damit zu Inhaber-
innen des kirchlichen Einspruchsrechts werden. Und das
ist und bleibt unmöglich und unerträglich.

Man hat zunächst versucht, die kurz angedeuteten Ge-
fahren des politischen Einspruchsrechts durch die Schaf-
fung einer neutralen Schiedsinstitution zu mildern. Abge-
sehen davon, daß dieser Vorschlag von Preußen offenbar
nicht angenommen wird, ist er auch ungenügend. Es
läßt sich für den unter der Monarchie vorhandenen ge-
wesen summus episcopus unter den heutigen Verfas-
sungsverhältnissen kein irgendwie gearteter Ersatz fin-

den, der die Kirche nicht einer grundsätzlich untragbaren,
wesensfremden Gewalt auslieferte. Und es ist vorauszu-
setzen, daß es zu inneren Auseinandersetzungen in der
Kirche kommen müßte, wenn sich die jetzt verantwort-
lichen kirchlichen Körperschaften dazu bereit fänden,
solche untragbaren Bestimmungen hinzunehmen.

Hinter der Bedeutung dieser politischen Klausel tritt
die Regelung der finanziellen Beziehungen zwischen
Staat und Kirche zurück, so wesentlich diese Dinge für
die Erhaltung der Lebensmöglichkeit der evangelischen
Kirche auch sein mögen. Die Grundlagen der finanziellen
Verpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche sind
in der früheren Einziehung der Kirchengüter durch den
Staat gegeben. Es scheint, als ob in dieser Beziehung bei
den klaren Rechtsverhältnissen auch keinerlei Schwierig-
keiten aufgetaucht wären. Um so größer ist die Schwierig-
keit bei der politischen Klausel, die ganz prinzipiell an
die Grundlage der Kirche rührt und in der es
deshalb auch keine Kompromisse geben kann. Man darf
gepannt sein, wie sich der Streit um die politische Klausel
lösen wird.

Osthilfegesetz verabschiedet.

Vom Reichskabinett. — Sämtliche Vorlagen dem Reichs-
rat zugeleitet.

Amstich wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett verabschiedete unter Vorsitz des
Reichskanzlers Dr. Brüning und unter Beteiligung der
preussischen Staatsminister Dr. Hüpper-Richhoff und Dr.
Girsiefer sowie des Vizepräsidenten der Reichsbank
Dr. Dreyse den Entwurf eines Gesetzes über Hilfs-
maßnahmen für die notleidenden Gebiete des Ostens,
eines Gesetzes zur Förderung der landwirtschaftlichen
Siedlung sowie eines Gesetzes über die Abwicklung der
Kaufverpflichtungen und die Neugestaltung der Bank
für deutsche Industriebankobligationen. Die Vorlagen wer-
den sofort dem Reichsrat zugeleitet werden.

Der Zweck des Hilfsrechts für den deutschen Osten
ist, durch eine Entschuldungsbefreiung der Landwirtschaft
wieder eine gesunde Grundlage zu verschaffen und dar-
über hinaus durch Kreditgewährung an gewerbliche Be-
triebe sowie durch Lastensenkung und durch den Bau
von Eisenbahnen, Land- und Wasserstraßen die Folgen,
die die Verfallung des deutschen Ostens durch die
Verträge von 1918 nach sich gezogen hat, zu mildern
und so den Osten als Bollwerk deutscher Kultur und
deutscher Wirtschaft zu erhalten.

Die Anteile der Umschuldungskredite.

Die Anteile der Umschuldungskredite werden durch
Zusammenwirken der Bank für Industrie-
obligationen, der Landstellen und örtlicher Haftungsver-
bände, Entschuldungsbetriebe können sich in örtlichen Haft-
ungsverbänden zusammenschließen, und die Bank kann die
Gewährung von Umschuldungskrediten von dem Beitritt
des Schuldners zu solchen Haftungsverbänden abhängig
machen. Entschuldungsanträge werden dann von den Land-
stellen im Zusammenwirken mit der Bank und, soweit
Haftungsverbände vorhanden sind, im Zusammenwirken mit
diesen geprüft. Wo keine Haftungsverbände bestehen, sollen
bei den Landstellen landwirtschaftliche Vertretungen zuge-
zogen werden.

Industrie für rasche Hilfe.

Der Reichsverband befürwortet schnelle Durchfüh-
rung des Ostprogramms.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie tritt
zu einer Erklärung für die schnelle Durchführungs-

schlagen sie vereint die Angreifer. Oft werden die Wölfe
ein Opfer der Pferdehufe. Sobald sich aber ein Pferd von
der Herde trennt, ist es verloren. Erstauskunft ist das Zu-
sammenleben, wenn irgendwelche Naturereignisse in einer
Gegend Gefahren bringen. So sah Kropotkin, wie Tau-
sende von Tieren gemeinsam vom Hochgebirge über den
Amur wanderten, um ins Tiefland zu kommen, denn
Kälte und Schnee nahm ihnen jede Nahrung. Hunderte
wurden von den dort wohnenden Kosaken täglich ge-
schlachtet; dennoch hielt der Zug unvermindert Wochen
an. Dabei ist besonders zu bedenken, daß die Tiere in
einem Gebiet von der Größe Englands bisher lebten.
Welche Schwierigkeiten waren zu bewältigen, um in
einem solchen großen Gebiete die einzelnen Gruppen zu
sammeln und die gemeinsame Wanderung in die Wege
zu leiten!

Auch das kleine Wiesel sei erwähnt. Wood sah ein
Wiesel, das einen verletzten Kameraden aufhob und weg-
trug, damit er nicht den Jägern in die Hände fiel. — Bei
den Affen führen der Gorilla und der Orang-Utan ein
Einzelleben. Alle anderen Arten sind äußerst gesellige
Tiere. Werden Affen angegriffen, so kommt die ganze
Herde und kämpft. Ist einer verwundet, so verlassen ihn
die andern nicht eher, als bis sie wissen, daß er tot ist.
James Forbes berichtet, daß Affen von einer Jagdgesell-
schaft ihren getöteten Genossen so beharrlich gefordert
hätten, daß jene Jäger beschloßen, nie wieder auf Affen
zu schießen.

Hiermit möchte ich meine Ausführungen beenden. Es
ist nur ein Bruchteil dessen, was ich in Kropotkins Werke
sand. Was den russischen Zoologen trieb, mit so viel
Ausdauer und Liebe seine Augen und sein Denken auf
das mannigfaltige Leben der Natur zu richten, möchte ich
allen Lesern mit Kropotkins eigenen Worten sagen:

„Streitet nicht! Streit und Konkurrenz ist der Art
immer schädlich, und ihr habt Mittel, sie zu vermeiden.
Das ist die Tendenz der Natur, die nicht immer völlig
verwirklicht wird, aber immer wirksam ist. Das ist die
Parole, die aus dem Busch, dem Wald, dem Fluß, dem
Ozean zu uns kommt. Daher vereinigt euch, übt gegen-
seitige Hilfe! Das ist das sicherste Mittel, um all und je-
dem die größte Sicherheit, die beste Garantie der Exi-
stenz und des Fortschrittes zu geben, körperlich, geistig
und moralisch.“

des Osthilfe-Programms ein. Er verlangt dabei eine
verantwortliche Mitwirkung der Landwirtschaft. Die
Industrie stehe auf dem Standpunkt, daß der Groß-
grundbesitz auch im Osten seine wirtschaftliche Be-
rechtigung hat und daß er deshalb neben einer weit-
gehenden Förderung der Siedlung ebenso erhalten wer-
den müsse wie die kleineren und mittleren Betriebe. In
diesen Fragen bestehe völlige Übereinstimmung zwischen
Industrie und Landwirtschaft. Wenn auch die Industrie
wegen der Rolle für die agrarische Veredelungsprodukt-
tion einen anderen Standpunkt vertrete als die Land-
wirtschaft und jede weitere Erhöhung dieser Rolle schärf
ablehne, so stehe sie doch unbedenklich dieses Gegen-
sages auf dem Standpunkt, daß nur eine verständnisvolle
Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft
die deutsche wirtschaftliche Entwicklung fördern kann.
Die Industrie lehne jeden Versuch, einen Keil zwischen
Industrie und Landwirtschaft zu treiben, ab, ganz gleich,
von welcher Seite er kommt.

Briefwechsel Löbe-Stöhr.

Ueber den Diäten-Entwurf der Nationalsozialisten.

Im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen
Entwurf auf Teilnahme an den Parlamentsentscheidungen ein-
geparten Beträge restlos den Bedürftigsten unter den
ausgesteuerten „Erwerbslosen“ zuzuführen“ hat sich ein
mehrfacher Briefwechsel zwischen dem Reichstagspräsi-
denten Löbe und dem Abg. Stöhr (Natsoz.) ergeben.
Das letzte Schriftstück in dieser Reihe bildet ein Brief
Stöhrs, in dem es heißt, wenn Präsident Löbe „unter
schallender Heiterkeit des Rumpfs-Reichstags“ festgestellt
habe, daß vorerst „kein roter Heller“ zur Verfügung
stehe, weil die Nationalsozialisten ihre Diäten im vor-
aus abgehoben hätten, dann sei das ein Kunstgriff. Der
Reichstag müßte wissen, daß nachträglich abgerechnet
werde und dabei für die Tage, wo ein Abgeordneter den
Verhandlungen ferngeblieben ist, Abzüge gemacht
würden.

Bolschewisierung Europas.

Dingelberg über Außen- und Innenpolitik

Frankfurt an der Oder, 15. Februar. In einer
gut besuchten Versammlung der Deutschen Volkspartei
sprach am Sonntag der Parteiführer Dingelberg. In
Frankreich sei seit zwei Jahren ein schwerer Rückschlag
erfolgt, es habe sich von dem Gedanken von Locarno weit
entfernt, und bediene sich wieder der alten Methoden, um
sich die Vorherrschaft in Europa zu sichern. Das habe in
Deutschland zu furchtbaren Spannungen geführt. Falls
sich diese einmal entladen sollten, würden sie kaum vor
den Grenzen Halt machen. Die Gefahr einer Bolschewi-
sierung Europas stünde dann vor der Tür. Ein einiges
Europa sei nur möglich, wenn die Bahn des Versäil-
ler Friedensvertrages verlassen werde.

Der Redner sprach dann über die Fragen der inneren
Politik und sagte, daß wir an einer Ueberspizung des
Parlamentarismus krankten. Der Nationalsozia-
lismus sei eine wertvolle Bewegung, nur
habe er bisher leider den Uebergang zur Ver-
antwortung noch nicht gefunden. Durch den
Auszug der Opposition aus dem Reichstag
sei die Lage der Deutschen Volkspartei un-
endlich schwer geworden. Die preussische Regierung
habe in drei Beziehungen völlig verag: erstens in ihrer
Personalpolitik, zweitens in der Handhabung der Polizei,
die mit den kleinsten Schikanen arbeite, und drittens
habe sie jede Fühlung mit der Jugend verloren. Die preu-
sische Regierung habe eine unendliche Verwüftung in den
Seelen der Jugend angerichtet und sei mit furchtbaren
Verblendungen vorgegangen. Darum mache die Volkspartei
das Volksbegehren des Stahlhelms mit.

Hilfe für die amerikanische Landwirtschaft.

Washington, 16. Februar. Präsident Hoover
unterzeichnete die vom Senat und vom Repräsentanten-
haus angenommene Kompromißvorlage, durch die den
notleidenden Landwirten der Vereinigten Staaten 20
Millionen Dollar zugewiesen werden.

Ablehnung der englischen Prohibitionsvorlage.

London, 14. Februar. Im Unterhaus ist die
Vorlage, durch die der Handel mit Spirituosen ver-
boten werden sollte, mit 137 gegen 18 Stimmen ab-
gelehnt worden.

Die Baufinanzierung.

— Berlin, 16. Februar.

Wenn wir die Lage der gesamten Baufinanzie-
rung für das laufende Jahr überblicken, so kommt
man zu der Feststellung, daß eine stärkere Förderung
des Wohnungsbaues die großen Schwierigkeiten
auf dem Bauplatz und damit auf dem Arbeitsmarkt
mildern kann. Die Aussichten auf anderen Gebieten
der Bauwirtschaft, des gewerblichen und öffentlichen
Baues, sind im Hinblick auf die gesamte Wirtschaft-
und Finanzlage wenig zuversichtlich.

Schon im vergangenen Jahre sind die gesamten
langfristigen Mittel für die Bauwirtschaft um be-
nahe zwei Milliarden Mark gegenüber den vorhergehenden
beiden Jahren zurückgegangen. Während im Jahre
1928 insgesamt 9,1 Milliarden Mark, im Jahre 1929
8,2 Milliarden Mark langfristige Mittel für die ge-
samte deutsche Bauwirtschaft bereitgestellt wurden,
waren es im Jahre 1930 nur rund 6,8 Milliarden
Mark. Die schlechte Finanzlage des Reiches, der Län-
der und Gemeinden hat auf allen Gebieten eine er-
hebliche Herabsetzung der zur Verfügung gestellten
Mittel gebracht. Für etwa eine Milliarde Mark wurde
im vergangenen Jahre weniger für den Bau ausge-
geben. Der gewerbliche Bau hat ebenfalls geringere
Mittel gebraucht. Statt drei Milliarden Mark im Jahre
1928 sind im vergangenen Jahre nur 2,4 Milliarden
Mark für den gewerblichen Bau bereitgestellt worden.
Auch der Wohnungsbau hat im vergangenen Jahre
eine kleine Herabsetzung der zur Verfügung stehenden
Geldmittel erfahren, und zwar wurden 1930 hierfür
2,7 Milliarden Mark gegenüber 2,8 Milliarden Mark
im Jahre 1929 aufgebracht.

Wenn man nun die Aussichten der Mittelbeschaf-
fung für das laufende Jahr untersucht, so muß man
bei den bekannten Sparmaßnahmen sich klar darüber
sein, daß eine erhebliche Steigerung der öffent-
lichen Bautätigkeit nicht zu erwarten sein wird, viel-
mehr ist zu hoffen, daß es wenigstens gelingt, sie
auf der bisherigen Höhe zu halten. Ebenso wenig ist
eine verstärkte Bautätigkeit für Industrie und Han-
del, also im gewerblichen Bau, zu erwarten, denn
die gegenwärtige Wirtschaftslage reizt nicht allzu sehr,
langfristige Geldmittel in Industrie- und Handels-
bauten anzulegen. Bei dem Pessimismus, den manche
Unternehmertreue hegen, ist leider schon eher mit einer
rückgängigen Bautätigkeit im gewerblichen Bau zu rech-
nen. Das Institut für Konjunkturforschung glaubt in
seinem letzten Wochenbericht sogar an einen Rückgang
der langfristigen Investitionen um rund 400 Millionen
Mark.

So bleibt bei den ungünstigen Aussichten im ge-
werblichen und öffentlichen Bau nur noch der Woh-
nungsbau als derjenige Zweig der Bautätigkeit übrig,
der die Ausfälle wettmachen sollte, wenn nicht im
laufenden Jahre das Baugewerbe als ein so wichtiges
Schlüsselgewerbe für das deutsche Wirtschaftsleben ver-
stärkt werden soll. Das Institut für Konjunkturforschung
berechnet die Höhe der langfristigen Investitionen für
den Wohnungsbau für 1931 mit 1,9 bis 2,2 Milliarden
Mark, gegenüber 2,7 Milliarden Mark im vergangenen
Jahre. Also ein Ausfall von rund 500 bis 800 Millio-
nen Mark. Dieser Ausfall kommt in erster Linie durch
die bekannte Kürzung der Hauszinssteuermittel, da ja
auf Grund der Rotverordnung vom 1. Dezember 1930
ein größerer Teil des Aufkommens zur Deckung des
allgemeinen Finanzbedarfs herangezogen wird. Wenn
das Institut für Konjunkturforschung die Höhe der
gesamten Hauszinssteuerhypotheken auf 500 Millio-
nen Mark (gegenüber 800 bis 900 Millionen in den
letzten Jahren) schätzt, so ist diese Schätzung schon sehr
optimistisch. Noch optimistischer sind die Schätzungen
der von anderer Seite, nämlich von den Bodenkredit-
anstalten, Sparkassen und Versicherungen zu erwar-
tenden Mittel. Bei der Ueberspannung in der Herab-
setzung der Rußfläche der zu erstellenden Wohnungen
werden gerade diese Kreise langfristige Geldmittel für
den Wohnungsbau mit größerer Vorsicht hergeben, als
sie das für den Bau geräumiger und brauchbarer
Wohnungen getan haben.

Die schnelle Abkehr von der bisherigen Finan-
zierungsmethode macht die Finanzierung des Woh-
nungsbaues sowohl für jede einzelne Wohnung, wie
auch für das gesamte Bauprogramm ungemein schwie-
riger, denn je niedriger die Hauszinssteuervypothek
zu verbilligtem Zinsfuß ausfällt, je mehr Mittel vom
freien Kapitalmarkt zu den bekannten hohen Zins-
sätzen müssen bereit gestellt werden. In der Praxis be-
deutet die Abkehr vom bisherigen Finanzierungssystem
eine erhöhte Beschaffung von Mitteln vom freien
Kapitalmarkt, und zwar besonders bei denjenigen
Wohnungen, die ohne Hauszinssteuer errichtet werden
sollen. Eine ersttellige Hypothek von seiten der Spar-
kassen, der Hypothekenbanken oder anderer öffentlicher
oder privater Geldgeber wird bis zu 40 v. H., wenn
auch oft mit Schwierigkeiten, zu haben sein; ob sich
aber der freie Kapitalmarkt selbst bei Zinsaufschlägen
und unter Bauschaftsstellung der öffentlichen Hand so
schnell bereit finden wird, bis zu 90 v. H. des Bau-
und Bodenwertes langfristige Gelder herzugeben, das
muß leider bezweifelt werden.

Um so mehr ist es nötig, daß die verantwortlichen
Stellen bei der ohnehin schon fortgeschrittenen Zeit
alles nur Erdenkliche unternehmen, für das laufende
Jahr dem Wohnungsbau ausreichende Mittel zuzufüh-
ren und damit zugleich auch Wohnungsnot und Ar-
beitslosigkeit mildern zu helfen. D. Böhme.

Krise in Spanien.

General Berenguer mit seinem Kabinett zurückgetreten.
— Madrid, 16. Februar.

Die politische Krise in Spanien, die sich in den
letzten Tagen zusehends verschärft hat — kennzeichnend für
den Ernst der Lage waren die an der Pariser Börse um-
laufenden Gerüchte von der Abdankung des Königs Al-
fons — hat jetzt zum Rücktritt des Generals Berenguer
und seines Ministeriums geführt.

Der Rücktritt erfolgte nach einer Unterredung des
Generals mit dem Grafen Romanones, dem Führer der
monarchisch-liberalen Partei. Graf Romanones hatte
dabei betont, er werde sich zwar an den geplanten Neu-
wahlen des Parlaments — den ersten Wahlen nach der

Diktatur — beteiligen, im Parlament aber seine Tätigkeit darauf beschränken, Neuwahlen für ein verfassunggebendes Parlament zu betreiben. Dem jetzt zu wählenden Parlament sollten verfassunggebende Befugnisse nach dem Willen der Regierung nicht zustehen.

Die Cortes-Wahlen abgefragt.

Ein Dekret des Königs.
Der König von Spanien hat ein Dekret unterzeichnet, durch das die Ausschreibungen der Cortes-Wahlen, die auf den 1. März anberaumt waren, rückgängig gemacht wird.

Die Lage in Spanien ist noch immer ziemlich unklar, doch hofft man, daß es gelingen wird, im Laufe des Monats ein neues Kabinett zu bilden.

Zusammenstöße in Madrid.

Berlin, 16. Februar. In Madrid kam es, nach einer Meldung Berliner Blätter, am Sonntag zwischen der Polizei und Republikanern zu Zusammenstößen, in deren Verlauf die Polizei wiederholt mit der blanken Waffe gegen die Demonstranten vorging. Drei Republikaner wurden verletzt. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Gandhis Friedensbedingungen.

Ein Resolutionsentwurf des indischen Kongresses.
Der Arbeitsausschuß des indischen Kongresses erbrachte einen von Gandhi vorbereiteten Resolutionsentwurf, in dem die Bedingungen dargelegt werden, unter denen der Kongreß zur Aufgabe seiner regierungsfeindlichen Haltung sowie zur weiteren Ausarbeitung der Ergebnisse der englisch-indischen Konferenz bereit sein würde. Gefordert wird:

Allgemeine Amnestie für politische Gefangene, unverzügliches Aufheben jeder Unterdrückung, Unterbindung des Verhältnisses der Polizei gelegentlich der Zwischenfälle in Bombay und Madras, Freiheit, diejenigen Läden, welche alkoholische Getränke und ausländische Stoffe verkaufen, durch das Aufstellen von Posten am Verkauf zu verhindern, ferner Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums und Wiedereinstellung auf politischen Gründen entlassener oder sonstwie gemäßigter Beamter.

Worthington-Evans.

— London, 16. Februar.

Am 63. Lebensjahre starb in London der Kriegsmilitär des linken konservativen Kabinetts, Worthington Evans. Noch am Mittwoch letzter Woche ist er im Unterhaus hervorgetreten, indem er den Mißtrauensantrag der Konservativen gegen die Ausgabenpolitik der Regierung MacDonald begründete.

Deutschland beerbt Robinson.

140 000 Mark für Kriegsverstümmelte. — Das Testament des englischen Kapitäns gültig.

In London ist nunmehr die Entscheidung in der Erbschaftssache Robinson gefallen. Der am 20. Februar 1930 verstorbene ehemalige Kapitän Robinson hatte in seinem Testament bestimmt, daß sein Vermögen in Höhe von 140 000 Mark der deutschen Regierung zur Unterstützung der im Weltkrieg verstümmelten deutschen Soldaten zufalle. Robinson hatte diese Verfügung damit begründet, daß das „siegreiche und wohlhabende England gut in der Lage ist, für seine im Weltkrieg verstümmelten Soldaten Vorsehung zu treffen.“

Richter Maugham vom Obersten Gericht in London hat nunmehr entschieden, daß dieses Geschenk an die deutsche Regierung gültig ist.

Robinson hatte übrigens in seinem Testament weiter bestimmt, daß, falls seine Verfügung angefochten

wird, General Smuts 1000 Pfund persönlich erhalten soll und die übrigen 6000 Pfund von Smuts unter verstümmelte Buren, die durch den südafrikanischen Krieg gelitten haben, verteilt werden sollen.

Die Gültigkeit dieser Verfügungen war angefochten worden.

Dynamit Versailles!

Für die Beseitigung der Kriegsschuldfrage.

Senator Shipstead über seinen Antrag.

Berlin, 16. Februar. Der amerikanische Senator Shipstead erklärte, nach einer Meldung des „Montag“ aus New York, in einer Unterredung über seinen Antrag, die Lüge von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands offiziell zu beseitigen u. a.:

Die deutschen Reparationszahlungen seien auf die Annahme gegründet, daß Deutschland die Alleinschuld am Weltkrieg trage. Das sei nur eine der Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages, aber eine der wichtigsten, und sie habe die Weltwirtschaftskrise verursacht und die Weltwirtschaft aus dem Gleichgewicht gebracht. Inzwischen hätten Lloyd George und die meisten anderen alliierten Staatsmänner und Historiker zugegeben, daß Deutschland nicht allein für den Krieg verantwortlich sei. Amerika habe den Vertrag von Versailles nicht ratifiziert und daher keinen Anteil an diesem Verbrechen. Aber andere Regierungen versuchten Amerika hineinzuziehen. Der Versailler Vertrag enthalte tatsächlich 90 v. H. des Dynamits, das den nächsten Krieg entfein werden. Es sei nutzlos, von Frieden zu reden, solange dies Urteil bestehe. Der Zweck seines Antrages sei, die Vereinigten Staaten von jeder, auch einer stillschweigenden, Verantwortung an dem in diesem Vertrag gefällten Urteil zu entbinden.

Das Recht auf Abrüstung.

Eine Erklärung Lord Cecil.

In der politischen Kommission des Weltverbandes der Völkerbündigen in Brüssel fand eine grundlegende Debatte statt, deren Höhepunkt die Ausführungen des deutschen Delegierten von Rheinbaben und des englischen Delegationsführers Lord Robert Cecil bildeten.

Lord Robert Cecil führte aus, daß die bevorstehende Genfer Abrüstungskonferenz unbedingt mit einem starken positiven Erfolg enden müsse, da sonst der Völkerbund ernsthaft gefährdet wäre und in der ganzen Welt eine verhängnisvolle Lage entstehen könnte.

Für die deutsche Delegation wies Staatssekretär a. D. von Rheinbaben darauf hin, daß die in Genf vorgeschlagene Konvention, solange sie in verhängnisvoller Form die Aufrechterhaltung der Entwaffnungsbestimmungen enthalte, für Deutschland unannehmbar sei.

Lord Robert Cecil erklärte, daß Deutschland ein nicht nur moralisches, sondern auch juristisches Recht auf Abrüstung habe.

Justizetat angenommen.

Schlussabstimmung über Preßgesetz zurückgestellt. — Plenarpause bis Donnerstag.

— Berlin, den 14. Februar 1931.

Der Reichstag stimmte in Fortsetzung seiner Etatsarbeiten nunmehr auch dem Haushalt des Reichsjustizministeriums in zweiter Lesung zu. Die zu diesem Etat eingebrachten Anträge der Kommunisten auf Abschaffung des Schnellverfahrens und der sozialdemokratischen Antrag auf Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen wurden dem Rechtsausschuß zur Weiterberatung überwiesen. Ebenso ein staatsparteilicher Antrag zur Rechtsanwaltsordnung.

Endgültig verabschiedete der Reichstag noch einen Gesetzentwurf über die Zulassung von Hilfsmitteln im Reichspatentamt. Dem deutschamerikanischen Auslieferungsvertrag wurde ohne Aussprache zugestimmt, ebenso mündete sich bei der dritten Lesung des Pressegesetzes, wonach in Zukunft Abgeordnete nicht verantwortliche Redakteure sein dürfen, niemand zu Worte. Die Schlussabstimmungen wurden zurückgestellt.

Brandunglück in London.

Drei Personen, darunter ein Richter, verbrannt.

In einem Gebäude des Londoner Stadtteils Marylebone entbrach ein Brand, der sich mit solcher Schnelligkeit ausbreitete, daß sich mehrere Bewohner nicht mehr zu retten vermochten. Drei Personen kamen in den Flammen um, darunter ein Richter und eine Frau. Zwei Personen, die aus dem Fenster gesprungen waren, und drei Feuerwehrleute wurden verletzt.

Bitte.

Der Winter kommt mit Frost und Schnee und bringt den Vögeln Not und Weh. In Berg und Tal und Gründen kein Körnchen ist zu finden.

Mitleid'ge Herzen, steht uns bei! Vom Schnee macht schnell ein Plätzchen frei, Dort streut uns milde Gaben, Uns Hungerige zu laben.

O, lindert unsre große Not!

Errettet uns vom Hungertod!

Wir werden Dank beweisen

Und Euch in Liedern preisen.

Ja, wenn der holde Lenz erwacht,

Der Sommer steht in Blütenpracht,

Dann soll Gefang erfreuen,

Die uns jetzt Körnchen streuen.

Nach nützen wir alsdann

Dem Landmann und dem Bürgersmann,

Das Ungeziefer mindern,

Und manchen Schaden hindern.

O, laßt uns nicht vergeblich flehn,

Und schnell hilfreiche Hände sehn!

Wehrt schleunigst dem Verderben,

Bevor wir Hungers sterben!

Erhört der Späßen, Finken, Ammern,

Der Vögel, Drosseln, Meisen Jamern!

Erbarmt Euch der Rebhühner Not

Und übt so christliches Gebot!

Vorstehendes Gedicht ist von dem verstorbenen Dichter und Rektor Fr. Kloepper aus Witten. Er wirkte in den siebziger bis achtziger Jahren im Schulwesen und im öffentlichen Leben der Stadt Witten und ist mit mancher Dichtung an die Öffentlichkeit getreten. Heute, wo uns die winterlich verschneite Landschaft das Herz erfreut, dürfen wir auch die arme, notleidende Vogelwelt nicht vergessen. Möge die Bitte des Dichters auch heute noch unsere Herzen öffnen für die Bitte der armen Vögel.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer.

Heute, Montag, 8½ Uhr Männerchor in „Ephrata“. Dienstag 8 Uhr Turnen, Mittwoch nachmittags 4 Uhr in Gosen allgemeine Mädchenstunde mit Lichtbildern: „Kali Storch“, „Der kleine Däumling“, „Rattenfänger von Hameln“. (15 Pf. mitbringen).

— Frauenhilfe: Mittwoch, den 18. Februar, 3½ Uhr nachmittags im Jungfrauenaal des Wappheims.

J. B.: E. Brandt.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. S. Guttei; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Guste Wibbing
Fritz Pohlmann

Verlobte

Werther

15. Februar 1931.

Bethel

Altersheim Grödingen bei Karlsruhe

am Fuße des Badischen Schwarzwaldes.

Ein Heim für alleinstehende Damen und Herren wird in Grödingen bei Karlsruhe zu errichten geplant. Dasselbe soll mit allen Einrichtungen moderner Hygiene und Annehmlichkeiten ausgestattet und jeder Anstaltsstopp soll darin vermieden werden; so daß es ein familiäres Heim wird.

Die Lage des Landortes Grödingen, welches an der Bahnlinie Karlsruhe, Pforzheim und Bretten liegt und Bahnstation ist, zeichnet sich landschaftlich durch die schönen Gebirgsgänge und dem bekannten Pfingsttal aus.

Um die notwendigen Dispositionen treffen zu können, wollen sich Interessenten jetzt schon unverbindlich vormerken lassen mit Angabe der eventl. Einkaufssumme, oder der Ihnen zur Verfügung stehenden Beitragszahlung bei

Erholungsheim Grödingen bei Karlsruhe, Haus Eben-Ezer.

Töchterheim

des Diakonissenhauses Kassel

staatlich anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Mätlern auszubilden. Näheres Prospekt.

Christlicher, freundlicher Junge
findet Stellung als
Bäderlehrer

Angebote an
H. Götten, Bädermeister,
Höxter, Westerbachstraße 34

Honig

naturrein, edelste Marke, hell, goldfarb., netto 9 Pfund 11.80 Mk., netto 5 Pfund 7.30 Mk. Nachnahme frei Haus ohne Nebenkosten. Garant. Rücknahme. In einem Monat 1931 Nachbestellungen! — Großhandlung Robert Osterhehl, Ebersbach (Sachsen) 106.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:

Dahlien, Gladiolen, Begonien.

Baumschulartikel:

Obstbäume, Ziersträucher, Rosen,

Nadelhölzer. — Blütsenlauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung

der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Wissenschaftl. Töchterheim
„**Tannenbergs**“
Bad Sachsa (Südharz)
(vorm. A. Rothhoff)

stellt z. 15. April 4—6 Hausstöchter ein aus gebildeten Familien zur Erlernung des Haushalts, Handarbeiten, gesellschaftl. und wissenschaftl. Fortbildung, Sport, Beste Pflege. — Zahlung von monatl. RM. 80. — Auskunft durch: Fr. Dr. Schnabel, Bad Sachsa, Osterstraße 1—5.

Kur-Anstalt
Erholungsheim
Ebert
vegetarisch und Rohkost
Bismarckstraße 106
unweit Braunlage
Pastor Felkekuren. Prosp. freil.

Reißlose
Hühneraugen-
und Hornhautverfälschung durch
Schmerz laß nach

Tube 50 Pfennig.

Reformhaus Eden

Neustädterstraße 8.

Südamerik. Maté
Paraguaytee
Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd.
franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn

Sangerhausen Hindenburgstraße

Unser Tee ist zum gl. Preise

auch in Ophtr erhältlich.

Für jede Haushaltung!

Ich kann Wasch- und Putzartikel heute staunend billig in la Qualität liefern. Lassen Sie sich bitte mein sortiertes Muster-5 Kilo-Postpaket portofrei zusenden.

Es enthält:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
| 1 Pfd. Dose Bodenzwische | weiß Mk. 0,90 |
| 1 „ „ „ | gelb Mk. 0,90 |
| 1/2 „ „ „ | Sauhercreme |
| 1/2 „ „ „ | schwarz Mk. 0,90 |
| 1/2 „ „ „ | braun Mk. 0,90 |
| 1 „ „ | Dauerstreuose Scheuerpulver Mk. 0,50 |
| 1 Kg. Waschmittel Wörl 45% Fett | Mk. 1,40 |
| 3 Stk. à 200 Gr. Spez. Waschseife | Mk. 0,60 |
| 2 „ „ à 200 Gr. la. Oelfettseife 80% | Mk. 0,66 |
| 1 Karton = 3ff. Gesichtsseifen | Mk. 0,60 |
| 1 Tube feinste Pfefferminz-Zahncreme | Mk. 0,60 |
| gegen Einsendung von nur | Mk. 7,36 |

auf mein Postcheck-Konto Stuttgart 4216.

Kein Risiko! Garantiert reelle Bedienung!

Nehme bei Nichtgefallen Ware zurück und vergüte eingezahltes Geld und Porto. Auch Sie werden bestimmt Dauerkunde.

Preisliste auch für andere Artikel gratis. Für Kundenwerbung und Nachbestellungen wertvolle Gutscheine.

Sie sparen, wenn Sie bei mir kaufen!

F. W. Fischer, Winnenden b. Stuttgart

Postcheck-Konto Stuttgart 4216. Girokonto 599 O.A. Spark. Wühligen, Zweigstelle Winnenden. Deutliche Adresse (angeben) bei Nachnahme-lieferung 40 Pf. Aufschlag. (Bin langjähriger Aufwärtler).

Nr. 41.

Wohl dem,

Der in allen

zeigt,

Desen Zwer

Der Bo

kürzlich in

munität ge

Worten beg

der Volksso

schützt sich d

seinen Volk

befehligen i

Immunität.

Diese A

aber ist sie

dem sie entst

tät die Volk

auf dem U

aufher Gefes

in einer Re

Monarchie,

Kein polnise

iker Erfahre

Wort reden

glauben, daß

Sehen wir

staat hinüb

sehen, daß

stande ist,

machen vor

gierungsblo

möglich, daß

standekommu

drückt. Dar

die Stimme

Es ist p

Diktatur im

derzeitige k

Boden gewi

kurz oder l

versucht wi

wenn das f

bung der J

Solange

Rechte bedr

diese Re

Mißbrach

Forderung

schlaggebend

ter unter d

lichen Reda

dafür gute

geht ferner

litikers sein

sch, falls e

heres Schin

Die Gor

hat, fordern

bankens. Z

Zustand an

lichkeit enth

für die Dau

sch. Und d

der Verantw

mals für se

lich gemach

fürbar, ab

weise sollte

lich gemach

Formen des

heben.

Nun ist

hitzigen Bo

legen. „Affe

barkeit aus

nicht die id

des Gefecht

aber mühten

tigen, wohl

politischen